**(26) Kap. 8: Die jüdische Bevölkerungsgruppe 1933/34 - 1937**

Während es dem Exil trotz anfänglicher Desorientierung, Parteirivalität und einer zum Teil unzulänglichen Einschätzung der weiteren Entwicklung in der erstaunlich kurzen Zeit von knapp zwei Jahren gelingt, mit Hilfe der Literatur eine politische Botschaft an die europäische wie die außereuropäische Öffentlichkeit über die Vorgänge zu übermitteln, die sich in Deutschland vollziehen, entwickelt sich die Situation für die in Deutschland verbliebene jüdische Bevölkerungsgruppe in nahezu gegenteiliger Weise. Verunsicherung und Desorientierung nehmen zu; problemgerechtes Handeln ist nicht zu erkennen. Die Realität wird verdrängt, obwohl sich der politische, wirtschaftliche und publizistische Druck kontinuierlich verstärkt. Die Gefahren, die sich aus der Etablierung des totalen Staates ergeben, werden in ihrem Ausmaß unterschätzt.

Das Versagen ist zu einem Teil der jüdischen Führung anzurechnen, die, politisch gespalten, zu keiner einheitlichen Linie findet. Die tatsächliche Verantwortung liegt jedoch bei der Mehrheitsbevölkerung, die einen über Jahrzehnte hinweg erfolgreich verlaufenen Integrations- und Akkulturationsprozess, der für alle Beteiligten mit einem immensen Prestigegewinn im Bereich von Wissenschaft, Kultur, Handel und Industrie verbunden gewesen ist, durch Diskriminierung der jüdischen Bevölkerungsgruppe konterkariert hat. Die Erfahrung manifesten Antisemitismus‘ in einer Zeit, in der die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Juden gesichert zu sein schien, hatte einen Protest gegen das Postulat der Assimilation ausgelöst. Eine Stärkung der Orthodoxie und das Aufkommen des Zionismus waren die Folge gewesen. Der Protest spaltete die Führung der jüdischen Gemeinschaft in konkurrierende Fraktionen mit konträren Zielvorstellungen. Unter dem Zwang der Situation einigte man sich notgedrungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner: auf politisches Wohlverhalten und die Vermeidung eines offenen Konflikts mit dem Staat und seinen Institutionen: eine angesichts von manifestem Terror, politischer und sozialer Entrechtung sowie wirtschaftlicher Erpressung absolut falsche Strategie.

**Die jüdische Bevölkerungsgruppe zwischen 1914 und 1933**

Über die Gründe, weshalb die jüdische Bevölkerungsgruppe 1933 in eine nahezu aussichtslose Lage geriet, besteht in der Forschung weitgehend Einigkeit. Für die Autoren von Band IV der *Deutsch-jüdischen Geschichte in der Neuzeit*[[1]](#footnote-1) Avraham Barkai und Paul Mendes-Flohr ist der Erste Weltkrieg, speziell das „jüdische Kriegserlebnis“, der eigentliche Ausgangspunkt für die spätere, nach 1933 erfolgende Entwicklung. Euphorische Erwartungen wurden enttäuscht; aus der Enttäuschung erwuchs Desillusionierung.[[2]](#footnote-2)

Die Teilnahme am Krieg wurde von den jüdischen Freiwilligen und Reservisten als Abschluss der bürgerlich-rechtlichen Gleichstellung verstanden: als Verwirklichung eines einheitlichen „Volkes“ aufgrund der Identifikation mit Deutschland und der durch die Situation gebotenen „Pflicht“ eines jeden Staatsbürgers, zur Waffe zu greifen[[3]](#footnote-3). Paul Mendes-Flohr weist in diesem Zusammenhang auf die religiös-symbolische Verklärung des Krieges hin, die im August 1914 in Deutschland Platz ergreift: in den Kirchen ebenso wie in den Synagogen. Ihr Ausgangspunkt ist der Aufruf Wilhelms II., den 5. August 1914 „*dem besonderen Gebet für das Vaterland* und *seinen heiligen Kampf* *zu weihen*“.[[4]](#footnote-4) Nicht nur in den christlichen Kirchen, sondern auch in den Synagogen folgte man diesem Aufruf. Zur Veranschaulichung zitiert Mendes-Flohr den Bericht der *Allgemeinen Zeitung des Judentums* über die Predigt, die Leo Baeck an diesem Tag in der 2 000 Personen fassenden Synagoge in der Berliner Fasanenstraße hält:

„Er [Leo Baeck] wies darauf hin, wie die schweren Tage uns alle es hätten tief empfinden lassen, wie das Leben des Vaterlandes unser Leben ist, und wie das Gewissen des Volkes in dem unseren widerklingt. *Das Bewußtsein des Rechtes; das klare Gewissen einigte alle*; wir alle [Deutsche und Juden] verständen einander, weil wir die *Pflicht* verständen. Diese sittliche Kraft bedeutete mehr als die Menge der Zahl. Es sei kein Krieg um Land oder um Geltung, der jetzt geführt werde, sondern *ein Krieg, der über die Kultur und Gesittung Europas entscheiden werde*; deren Schicksal sei in die Hände Deutschlands gelegt […]. *Wir dürften zu Gott beten und auf ihn vertrauen, denn beten bedeutete: sich prüfen und sich weihen.* Dieses sittliche Bewußtsein werde Deutschland stark machen und es zum Siege führen.“[[5]](#footnote-5)

Mendes-Flohr versteht den Tenor der Predigt als Beleg für die „starke und nahezu einhellig Identifikation mit der deutschen Sache“.[[6]](#footnote-6) Grundlage der Predigt sei das Gefühl gewesen, „daß nun endlich der lang ersehnte Augenblick gekommen sei, wo deutsche Juden voll und ganz als Mitbürger akzeptiert würden“.[[7]](#footnote-7) Kommentierend fügt er hinzu: „Mit der Teilhabe am ‚Geist von 1914‘ erstrebten sie [die Soldaten jüdischer Konfession] eine vollständigere Integration ins deutsche Vaterland“.[[8]](#footnote-8)

Man sollte meinen, dass die Teilnahme der jüdischen Bürger an der „vaterländischen Pflicht“ Fakten gesetzt hätte. Die Realität gestaltete sich jedoch völlig anders. Die militärische Tradition Deutschlands und ihre spezifische Symbolik von Ritualen, Fahnen oder Uniformen wurden in zunehmendem Maße diskriminierend und diffamierend antisemitisch funktionalisiert.[[9]](#footnote-9) Statt integrierend zu wirken, wurde das „Fronterlebnis“ auf diese Weise zu einem zentralen Bestandteil der antisemitischen Agitation.

Bei den jüdischen Frontsoldaten leitete der Krieg darüber hinaus in vielen Fällen die Erkenntnis des eigenen Minderheitenstatus‘ ein. Tagtäglich mit nichtjüdischen Kameraden konfrontiert, machten sie die Erfahrung, dass der Antisemitismus in Deutschland ein Alltagssachverhalt ist.[[10]](#footnote-10) Diese Erfahrung kam unerwartet:

„Erst in den Schützengräben lernten viele Juden die ‚gewöhnlichen Deutschen‘ wirklich kennen und machten sich bewußt, wie abgesondert ihr Leben eigentlich war.“[[11]](#footnote-11)

Der Prozess der Desillusionierung wurde durch die ominöse „Judenzählung“ vom Oktober 1916 weiter gesteigert:

„Unermeßlich verstärkt wurden die durch derartige Erfahrungen bewirkte Enttäuschung und das damit einhergehende Gefühl der Isolation durch den massiven Affront der vom preußischen Kriegsminister im Oktober 1916 angeordneten sogenannten ‚Judenzählung‘“.[[12]](#footnote-12)

Den Endpunkt der Entwicklung fasst Mendes-Flohr in folgender Weise zusammen:

„Von ihrem geliebten Deutschland verschmäht, pochten manche Juden, wie etwa die Schriftsteller Georg Hermann und Jakob Wassermann, nunmehr auf ihre jüdische Identität und brachten damit einen negativ geprägten Stolz zum Ausdruck. Bei anderen Juden, zumal aus der jüngeren Generation, führt die Erfahrung des Antisemitismus zu der Suche nach einer positiven jüdischen Identität und dem Entschluß, diese mit einem geistig bedeutenden Inhalt zu füllen.“[[13]](#footnote-13)

Die Rückbesinnung auf die eigene „jüdische“ Identität ist gleichbedeutend mit der Distanzierung gegenüber dem Postulat der Assimilation. Unter diesen Umständen richtet ein Teil der jüngeren Generation den Blick auf das Ostjudentum und seine Traditionen. Der Zionismus gewinnt an Anhängern.

Die Tragweite dieser Entwicklung wird durch den kulturellen Glanz der nachfolgenden Periode lange Zeit verdeckt. Die Weimarer Republik ist die Phase der legendären „deutsch-jüdischen Symbiose“. Endlich scheint die völlige Gleichstellung der jüdischen Bevölkerungsgruppe erreicht zu sein. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch, wie Avraham Barkai den Tatbestand formuliert, um ein Leben „im Schatten des Antisemitismus“. Er weist darauf hin, dass das Judentum positiv durch Persönlichkeiten wie Albert Einstein und Max Reinhardt repräsentiert wird, dass aber zur gleichen Zeit Politiker wie Rosa Luxemburg, Hugo Haase, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Hugo Preuß oder Walther Rathenau zu Symbolgestalten des Antisemitismus werden, der von der politischen Rechten geschmähten und immer wieder attackierten Demokratie, der „Judenrepublik“:

„Der Einfluß des emotional aufgepeitschten Antisemitismus auf die politische Atmosphäre der Weimarer Republik war anhaltend und weitreichend. Er ging so weit, daß die republiktragenden Parteien wie das katholische Zentrum und die DDP, die gelegentlich gegen den Antisemitismus auftraten, und selbst die Sozialdemokratische Partei (SPD) sich bemühten, nicht allzusehr als ‚Judenschutztruppe‘ zu erscheinen.“

Barkai konstatiert das allmähliche Zurückweichen der republikanischen Parteien vor dem Druck des Antisemitismus:

„Fast alle Parteien waren äußerst zurückhaltend in der Aufstellung jüdischer Kandidaten, und der Anteil jüdischer Reichstags- oder Landtagsabgeordneter wurde von Wahlgang zu Wahlgang geringer.“ [[14]](#footnote-14)

Nichts verdeutlicht die schleichende Aushöhlung der Hoffnung auf soziale, politische und rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerungsgruppe so sehr wie dieses Faktum.

Das Kapitel, das speziell dem kulturellen Leben gewidmet ist, steht unter die Überschrift „Der Außenseiter als Insider“[[15]](#footnote-15). Der Autor des Kapitels Paul Mendes-Flohr akzentuiert mit dieser Überschrift eine für die Weimarer Republik charakteristische Ambivalenz: Während ein zentraler Teil des kulturellen, wissenschaftlichen und literarischen Diskurses von jüdischen Künstlern, Schriftstellern, Wissenschaftlern oder Publizisten bestimmt wird, dominiert im populären Bereich ein mehr oder weniger offener, zum Teil als Konservatismus bzw. Nationalismus kaschierter Antisemitismus. Die Texte dieser Autoren übertreffen nach der Höhe der Auflagen bei weitem die der Avantgarde, also der aus heutiger Sicht wichtigsten künstlerischen Strömung dieser Periode. In den Augen eines großen Teils der Öffentlichkeit sind Kultur und Publizistik der Weimarer Republik zu einem großen Teil von „Juden“ – von Personen wie Tucholsky oder Kerr – dominiert.

In der Struktur der jüdischen Bevölkerungsgruppe vollziehen sich während der Weimarer Republik entscheidende Veränderungen. Anders als gemeinhin angenommen, ist die Zahl der Konversionen demografisch nicht relevant. Die Taufe hat, wie Barkai formuliert, jetzt kaum noch den Charakter des traditionellen „Entrée-billets“ in erstrebte Berufe oder in die christliche Gesellschaft, von dem Heine gesprochen hatte.[[16]](#footnote-16) Signifikant ist dagegen die wachsende Anzahl interkonfessioneller Ehen. Im Reichsgebiet ist ein Anstieg auf knapp 37 % aller Eheschließungen von Juden zu verzeichnen; in Großstädten wie in Hamburg steigt die Zahl zwischen 1928 und 1933 sogar auf fast 60 % an.[[17]](#footnote-17) Sowohl der Rückgang der Konversionen als auch der Anstieg der interkonfessionellen Ehen sind aus soziologischer Sicht Merkmale für den erfolgreichen Verlauf von Akkulturation und Integration. In der Berufswahl der jüdischen Jugend vollzieht sich ebenfalls ein Trendwechsel. Die kommerziellen Berufe der Vätergeneration verlieren an Anziehungskraft; akademische Berufe gewinnen an Attraktivität. Diejenigen, die sich aus finanziellen Gründen kein Studium leisten können, weichen in nicht-akademische Angestelltenberufe aus. Die Erwerbstätigkeit der jüdischen Frauen nimmt zu. 1933 sind 34 % aller jüdischen Angestellten Frauen und 15 % der Selbständigen.[[18]](#footnote-18)

Die jüdische Bevölkerungsgruppe ist in Gemeinden, Landesverbänden und einer Zentralvertretung organisiert. Die Gemeinden haben den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ihrem Charakter nach handelt es sich um rein religiöse Vereinigungen.[[19]](#footnote-19) Die Gemeinden verfügen über eine starke Stellung gegenüber den Landesverbänden bzw. der Zentralvertretung. Barkai sieht hierin ein Hemmnis für eine angemessene Gesamtvertretung der jüdischen Interessen.[[20]](#footnote-20) In den Städten nimmt die Zahl der „Dreitagejuden“ zu. Die Synagoge und auch die Gemeinde rücken damit an den Rand des privaten Lebens. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass eine immer geringere Zahl aktiver Mitglieder über die Gemeindepolitik entscheidet.[[21]](#footnote-21)

Politisch ist die jüdische Bevölkerungsgruppe in Vereinen bzw. Parteien (Verbänden) organisiert. Der wichtigste ist dabei der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV). Ursprünglich war der Centralverein, so Barkai, als politisch und religiös neutrale Organisation zur Abwehr des Antisemitismus gegründet worden.[[22]](#footnote-22) Ein wichtiger Teil seiner Programmatik war „die Pflege der ‚deutschen Gesinnung‘“; als Grundlage „für den Anspruch auf die vollständige gesellschaftliche, nicht nur rechtlich-formale, Emanzipation“ wurde die „unbedingte Treue zum deutschen Vaterland“ postuliert.[[23]](#footnote-23) – 1926 besitzt der CV 60 000 eingeschriebene Mitglieder; er beansprucht die Vertretung von ca. 300 000 deutschen Juden. Der CV gilt als die wichtigste Vertretung des „liberalen“ deutschen Judentums. Weitere, zahlenmäßig schwächere Organisationen sind die „Vereinigung für das liberale Judentum“, der „Verband nationaldeutscher Juden“, die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ (ZVfD) und der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“. Die Zionistische Vereinigung zählt Ende der 1920er Jahre etwa 20 000 in 200 Ortsgruppen organisierte Mitglieder. Ihre politische Arbeit konzentriert sich vor allem auf Studenten und Jugendliche.

Avraham Barkai fasst das Selbstverständnis der jüdischen Bevölkerungsgruppe in folgender Weise zusammen:

„Zweifellos waren die deutschen Juden akkulturiert. Selbst die meisten Ostjuden, besonders deren zweite, in Deutschland oder Österreich geborene Generation, waren in diesen Akkulturationsprozeß einbezogen.“[[24]](#footnote-24)

Er differenziert jedoch deutlich zwischen Akkulturation und Assimilation:

„Aber auch unter den ‚bodenständigen‘ deutschen Juden führte die Akkulturation nicht unbedingt zur völligen Assimilation. Das Verhalten der Umgebung mag dabei eine mehr oder minder entscheidende Rolle gespielt haben.“[[25]](#footnote-25)

Die Tatsache, dass Teile der künstlerischen und der politischen Elite sich inzwischen in gar keiner Weise mehr religiös gebunden fühlen, sich aber gleichwohl ihrer jüdischen Herkunft bewusst sind, wird von Barkai nicht thematisiert. An der Tatsache, dass sich spätestens in der Weimarer Republik ein weitgehend säkulares Judentum herausgebildet hat, kann jedoch kein Zweifel bestehen. Dieses Faktum wurde von den jüdischen Organisationen augenscheinlich nur in begrenztem Maße akzeptiert. In dieser wechselseitigen Negierung dieser Entwicklung liegt vermutlich ein Grund für die Spaltung des Exils in eine „politische“ und eine „jüdische“ Emigration.

Bei den innerjüdischen Konflikten, die in der Weimarer Republik in vielerlei Form die Gemeindearbeit dominieren, steht in der Regel der Streit um die Führungspositionen in den Gemeinden im Zentrum. Um die Dominanz des CV und damit des „liberalen“ Judentums zurückzudrängen, schrecken die Beteiligten nicht vor Koalitionen mit Partnern zurück, die sie ansonsten in vielerlei Hinsicht ablehnen. Barkai äußert sich dazu in folgender Form:

„Der Konflikt verschärfte sich erst, als die Gemeindezionisten durch ihre Verbindung mit den Ostjuden und der Gemeindeorthodoxie verstärkten Einfluß erlangten. Dadurch gefährdeten sie nicht nur die politische Position der Liberalen in den Gemeinden und Landesverbänden, sondern untergruben auch die ideologischen Grundsätze, nach denen diese bisher die Gemeindepolitik geführt hatten.“[[26]](#footnote-26)

Im Zuge dieser Entwicklung werden die auf lokaler Ebene bestehenden Konflikte zwangsläufig auf die Ebene der Gesamtvertretung übertragen. Signifikant für diese Entwicklung ist die nach dem Antragsteller benannte „Mecklenburg-Resolution“ vom Februar 1928, in der der CV sich in programmatischer Form von der Zionistischen Vereinigung und ihrer Definition des „jüdischen Volkes“ abgrenzt:

„Das von den Zionisten behauptete oder angestrebte jüdische Volk ist *nicht* das der auf dem C. V.-Standpunkte stehenden deutschen Juden, *da diese in nationaler und kultureller Hinsicht ausschließlich dem deutschen Volke angehören*.“[[27]](#footnote-27)

Auf die Resolution des CV folgt seitens der Zionistischen Vereinigung eine entsprechende Gegenerklärung.[[28]](#footnote-28) Beide Organisationen erheben den Anspruch, ihrerseits das deutsche Judentum zu repräsentieren. Dass ein derartiger Anspruch nach 1933 jede Möglichkeit eines der Lage adäquaten politischen Handelns blockiert, liegt auf der Hand.

**Wirtschaftliche und soziale Pressionen – die Aufhebung der Emanzipation per Gesetz**

Die wirtschaftlichen Einbußen, von denen die jüdische Gemeinschaft bereits in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft betroffen ist, sind beträchtlich. Sie berühren vor allem den Mittelstand und treffen damit das soziale Gefüge der Bevölkerungsgruppe in seinem Kern. Wolf Gruner fasst die Einbußen zusammen:

„Von den 1933 rund 100 000 Betrieben und Geschäften jüdischer Inhaber verschwanden in den beiden Folgejahren 25 000. Die meisten Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe erlitten infolge des Boykotts schwere Umsatzeinbußen. Sie mussten Personal entlassen oder gingen bankrott. Da jüdische Ärzte schon im Sommer 1933 ihre Kassenzulassung und damit einen erheblichen Teil ihrer Patienten verloren hatten, schloss die Hälfte der Praxen bis 1937. Ähnlich erging es den jüdischen Rechtsanwälten.“[[29]](#footnote-29)

Die Auswirkungen dieses Einschnitts schlagen sich im Selbstverständnis der deutschen Juden nieder. Die gut integrierte soziale Gruppe bildet sich in eine religiöse Minderheit zurück. Gleichzeitig gewinnt das Vereinsleben eine völlig andere Bedeutung. Man strebt in die Vereine und Verbände, um hier Schutz und Hilfe zu erlangen und unter Seinesgleichen zu sein:

„Binnen weniger Monate wurden aus deutschen Juden oder aus Deutschen, die sich kaum noch ihrer jüdischen Wurzeln erinnerten, wieder Juden. Das zeigte sich im raschen, von Isolation und Angst bewirkten Aufschwung des jüdischen Vereinslebens. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dessen Jugend- und Sportvereine gewannen in wenigen Jahren fast 50 000 neue Mitglieder. Trotz der starken, 1933 sofort einsetzenden Emigration nach Palästina steigerte die Zionistische Vereinigung für Deutschland ihre Mitgliederzahl von 7 000 (1932) auf 22 000 im Jahr 1935. Vor allem die jungen Leute wandten sich den Zionisten zu, so wuchs die zionistische Jugendorganisation Hechaluz (= Pionier) von 500 Mitgliedern im Jahr 1933 auf 16 000 Ende 1935.“[[30]](#footnote-30)

Die Gemeinden verwandeln sich inBeratungs- undFürsorgeeinrichtungen:

„Nach einiger Zeit veränderten die jüdischen Gemeinden ihren Charakter. Aus religiösen Zentren wurden Hilfsstelle für Rechtsberatung und Fürsorge. Boykottgeschädigten Geschäftsinhabern gewährten sie Kleinkredite, Entlassenen halfen sie bei der Stellungssuche, Jugendlichen vermittelten sie Ausbildungsplätze.“[[31]](#footnote-31)

Signifikant sind die Veränderungen auch in einem anderen Bereich. Vor 1933 besucht die Mehrzahl der jüdischen Kinder und Jugendlichen öffentliche Schulen. Das ändert sich nach Beginn der NS-Herrschaft nahezu schlagartig. Die Eltern versuchen, ihre Kinder gegen den Druck der Außenwelt abzuschirmen und geben sie verstärkt in jüdische Schulen:

„1933 besuchten 75 Prozent aller jüdischen Schüler öffentliche Schulen, Ende 1937 nur noch 40 Prozent; in Berlin sank die Zahl jüdischer Kinder an öffentlichen Schulen im selben Zeitraum von 12 746 auf 2 704. Gleichzeitig stieg die Schülerzahl an jüdischen Schulen von 2 000 auf 8 845.“

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerungsgruppen driftet auseinander. Während sich für die Mehrheit der Deutschen die Lage allmählich stabilisiert, wächst unter der jüdischen Bevölkerung die Arbeitslosigkeit weiter an. Sie wird damit zu einem immer drängenderen Problem:

„Während die Zahl der ‚arischen‘ Arbeitslosen zwischen 1933 und dem Sommer 1936 um zwei Drittel zurückging, stieg die Zahl der jüdischen Arbeitslosen fortlaufend an: Mitte 1936 wurden mehr jüdische Arbeitslose als zu Beginn der NS-Diktatur gezählt, insgesamt 37 204 – und das, obwohl schon gut 80 000 Juden emigriert waren, weit überwiegend im besten Arbeitsalter.“[[32]](#footnote-32)

Die Gesamtzahl der Emigranten steigt Ende 1937 auf mehr als 125 000 Juden an; von insgesamt 116 000 Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 20 Jahren sind zu diesem Zeitpunkt 67 000 ausgewandert. Wegen des Mitgliederschwunds lösen sich zahlreiche kleine Gemeinden auf.[[33]](#footnote-33) Es setzt eine Binnenmigration ein: eine Flucht aus den Dörfern und Kleinstädten in die Großstädte, insbesondere nach Berlin. Hier ist der Druck der Außenwelt geringer, die Möglichkeiten der Information und der Unterstützung bzw. Beratung durch die Gemeinden ist besser organisiert. Bei dieser Entwicklung ist die jüdische Bevölkerungsgruppe das *re*agierende Element; das *agierende* Element ist der nationalsozialistische Partei- und Regierungsapparat.

Am 20. Dezember 1934 findet beim Stab des „Stellvertreters des Führers“ im Braunen Haus in München eine Besprechung „über Rassenpolitik“ statt.[[34]](#footnote-34) Der Blick ist bereits auf die „endgültige und restlose Ausschaltung der Juden aus der deutschen Lebensgemeinschaft“ gerichtet.[[35]](#footnote-35) Ziel der Besprechung ist es, mit Bezug auf künftige gesetzliche Regelungen bereits jetzt „klare Grundsätze“ zu formulieren. Es werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen: das „Verbot der Ehe mit Personen deutscher Abstammung“, das „Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter“, die „Unmöglichkeit, Betriebsführer“ (im Sinne des entsprechenden Gesetzes vom 2. Mai 1934) zu sein, das „Verbot des Besitzes von landwirtschaftlich und forstlich nutzbarem Grund und Boden“ sowie das „Verbot des Haltens weiblichen deutschen Hauspersonals“.[[36]](#footnote-36) Ziel der avisierten Regelung ist die vollständige soziale Isolierung der jüdischen Deutschen.[[37]](#footnote-37) Mit den Nürnberger Gesetzen wird im September 1935 ein Teil des hier formulierten Programms realisiert.

Ein Gegenstand der Besprechung ist auch die Frage der „Mischlinge“. Im Rahmen der Nürnberger Gesetze fällt auch hier die Entscheidung. Sie betrifft rd. 150 000 Personen, eine Gruppe, die auf die Entwicklung in den meisten Fällen nicht vorbereitet ist.[[38]](#footnote-38) Im Fokus stehen auch die „Mischehen“. Hiervon sind rd. 50 000 Personen betroffen:

„Ihre Partner wurden als ‚jüdisch versippt‘ eingestuft und deshalb stigmatisiert. Um dem ‚arischen‘ Partner die berufliche Zukunft zu sichern, ließen sich Tausende Ehepartner scheiden. Blieben die Eheleute jedoch verheiratet, schützte das den jüdischen Partner später in den allermeisten Fällen vor der Deportation; dem christlichen Partner bracht die ‚Mischehe‘ massive Nachteile.“[[39]](#footnote-39)

Gruner zieht in ein knapper Form ein Resümee:

„Im April 1933 hatte der deutsche Staat den Juden das Recht abgesprochen, im öffentlichen Dienst zu arbeiten und als Beamte hoheitliche Funktionen zu erfüllen. Damit brach die NS-Regierung den praktisch erst 1919 gesetzten Schlussstein der Emanzipation deutscher Juden aus dem Verfassungsgefüge heraus. Als nächstes fiel im Mai 1935 die im Ersten Weltkrieg erlangte Wehrwürde. Mit den Nürnberger Gesetzen wurde das alteuropäische Verbot der ehelichen Bindung zwischen Juden und Christen wiedererrichtet.“[[40]](#footnote-40)

Das Ziel der NS-Politik ist die Austreibung der Juden aus Deutschland.

Die jüdische Bevölkerungsgruppe wird jedoch nicht allein durch gesetzliche Regelungen in eine Zwangssituation versetzt. Zum Inventar an Maßnahmen gehören auch individuelle Einschüchterung und Verunsicherung. Man erhofft sich davon, den Prozess der Austreibung zu beschleunigen. Bei einer Konferenz des SD am 1. November 1937 in Berlin formuliert Theodor Dannecker, im SD-Hauptamt Mitarbeiter von Adolf Eichmann, in unmissverständlicher Form die Maximen dieses Vorgehens:

„Keine Minute Ruhe geben, *stets die führenden Juden durch Vermahnung in Atem halten, auf jede unseren Grundsätzen zuwiderlaufende Regung, auch die kleinste, sofort reagieren*, kurz: völliges Eindringen in das jüdische und insbesondere das jüdisch-politische Eigenleben. Dadurch wird zwangsläufig der Auswanderungsgedanke genährt und die Idee von einem vielleicht doch noch möglichen Weiterverbleiben in Deutschland immer mehr untergraben.“[[41]](#footnote-41)

Danneckers Formulierungen verdeutlichen, dass es das Ziel des SD ist, die Organisationsstruktur der jüdischen Bevölkerungsgruppe, ihr „Eigenleben“, systematisch zu destruieren, indem die Führungspersonen seitens des SD verunsichert und gezielt unter Druck gesetzt werden. Damit soll den jüdischen Verbänden und Organisationen die Möglichkeit geraubt werden sich zu artikulieren. Die jüdische Bevölkerungsgruppe soll gezielt atomisiert werden. Eine derartig segmentierte Gruppe verfügt nicht mehr über die Möglichkeit, sich gegen Übergriffe zur Wehr zu setzen.

**Die Organisation der jüdischen Bevölkerungsgruppe während der NS-Herrschaft – die Politik des CV bzw. der Reichsvertretung**

Für Avraham Barkai ist das jüdische Organisationswesen in der Zeit zwischen 1933 und Ende 1938 in gewisser Hinsicht „eine paradoxe Erscheinung“[[42]](#footnote-42):

„Der diffamierten und verfolgten jüdischen Minderheit wurde gestattet, was allen anderen verboten war: Innerhalb einer totalitären Diktatur und ‚gleichgeschalteten‘ Gesellschaft durfte sie ihre bisherigen Institutionen demokratischer Repräsentanz weiter erhalten.“[[43]](#footnote-43)

Der Sonderstatus, der der jüdischen Bevölkerungsgruppe zugewiesen wurde, bedeutete in Wahrheit jedoch keineswegs, dass die Gruppe sich eigenständig organisieren und auch entsprechend agieren konnte. In einer Diktatur gibt es keine Organisationsfreiheit, mit fehlender Organisationsfreiheit auch keine freie Meinungsbildung.

Barkai ist sich dieses Tatbestandes durchaus bewusst, denn er spricht eine charakteristische Folgeerscheinung an: „eine[r] gewisse[n] Entfremdung zwischen den Führungsgremien und der Masse der Juden“.[[44]](#footnote-44) Diese Entwicklung ist leicht zu erklären: Teile der jüdischen Bevölkerungsgruppe erkennen recht bald, dass sie von den ihren Verbänden und Organisationen nicht mehr vertreten werden bzw. aufgrund der Umstände *nicht vertreten werden können.* Natürlich blockieren auch differierende Einschätzungen und Partikularinteressen ein situationsgerechtes Agieren. Der entscheidende Grund aber dürfte gewesen sein, dass der Druck, der auf die Organisationen und ihre Repräsentanten, aber auch auf einflussreiche Kreise des jüdischen Finanz- und Wirtschaftslebens ausgeübt wird, die Möglichkeiten adäquaten Handelns von Anfang an begrenzt.

Ein klares Beispiel für die Schwäche der jüdischen Organisationen ist die Stellungnahme, die der CV im März 1933 zur angeblichen „Greuelpropaganda“ maßgeblicher ausländischer jüdischer Organisationen gegen das Deutsche Reich abgibt. Sie wird am 30. März 1933 in einem fettgedruckten Leitartikel der *C.V.-Zeitung* mit der Überschrift *„Wir 565 000 deutschen Juden legen feierliche Verwahrung ein“* veröffentlicht. In ihm heißt es:

„Eine zügellose Greuelpropaganda gegen Deutschland tobt in der Welt“; der Centralverein habe „energische[n] Protest gegen Deutschlands Verunglimpfung“ eingelegt und dieser Protest habe im Ausland Erfolg gehabt: „die Schritte in Amerika, die wir unternahmen, [sind] erfolgreich für unser Vaterland ausgeschlagen […]. Vor Gott und den Menschen stehen wir so gerechtfertigt da. Mit Würde und mit Mut werden wir die mitleidlosen Maßnahmen Deutscher gegen Deutsche auf eigener Heimaterde zu ertragen wissen.“[[45]](#footnote-45)

Mit dieser Stellungnahme desavouiert der CV die Bemühungen vor allem amerikanischer jüdischer Organisationen (und natürlich auch von Exilanten wie Lion Feuchtwanger), auf die Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen und einen wirtschaftlichen Boykott als Gegenmaßnahme ins Leben zu rufen.

Aufschlussreich ist die Vorgeschichte der Stellungnahme. Für den 27. März war von amerikanischen jüdischen Organisationen zu einer Protestversammlung gegen das Dritte Reich im New Yorker Madison Square Garden aufgerufen worden. Der deutschen Regierung lagen dazu Berichte der deutschen Gesandtschaft vor. Angesichts dieser Situation geht die nationalsozialistische Führung genau nach dem Muster vor, das auch Theodor Dannecker vorschlägt: Göring bestellt in ultimativer Form die führenden Vertreter der jüdischen Organisationen zu einer Unterredung ein und fordert von ihnen sofortiges Eingreifen: Sie sollen den Organisatoren des New Yorker Protests verdeutlichen, dass als Faustfand der NS-Regierung *die deutschen Juden* die Folgen des Protests zu tragen hätten.[[46]](#footnote-46) Göring hat dieser unmissverständlichen Drohung Erfolg; das Resultat der Pression sind die bereits erwähnten, in den jüdischen Zeitungen veröffentlichten Erklärungen der Verbände.[[47]](#footnote-47)

Zu den in diesem Zusammenhang umstrittensten Themen gehört auch das sogenannte Haavarah-Abkommen. Sein Abschluss (18. Juli 1933) ermöglicht den Transfer von jüdischem Vermögen nach Palästina und unterstützt auf diese Weise die Emigration aus Deutschland. Die Gegenleistung besteht im Absatz deutscher Waren in Palästina. Seinem Charakter nach ist das Abkommen nichts anderes als ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und einer jüdischen Organisation. In der Situation des Jahres 1933 besitzt der Sachverhalt jedoch ein völlig anderes Gesicht: In einer Phase, in der die außenpolitische Stellung des Dritten Reiches alles andere als gesichert ist, vielmehr die Gefahr eines Wirtschaftsboykotts und diplomatischer Isolierung droht, ist das Haavarah-Abkommen ein Signal, das alle Bemühungen konterkariert, Deutschland durch politischen oder wirtschaftlichen Druck zur Revision seiner Politik und zur Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zu veranlassen.[[48]](#footnote-48)

Am 17. September 1933 kommt es zur Bildung der „Reichsvertretung der deutschen Juden“. Der Aufruf, der bei dieser Gelegenheit formuliert wird, schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung auf

„den verständnisvollen Beistand der Behörden und die Achtung unserer nichtjüdischen Mitbürger, mit denen wir uns in der Liebe und Treue zu Deutschland begegnen“.[[49]](#footnote-49)

Was hier als „Hoffnung“ bezeichnet wird, ist nichts anderes als die Illusion, fortan Ansprechpartner für die nationalsozialistische Führung zu sein. Der Reichsvertretung steht in den kommenden Jahren *kein* zuständiger Minister bzw. Staatssekretär gegenüber. Bei den Ansprechpartnern handelt es sich ausschließlich um Angehörige der mittleren und niederen Ministerialbürokratie. *Einfluss auf die Politik der NS-Regierung hat die Reichsvertretung nicht.* Barkai formuliert den Sachverhalt mit aller Klarheit:

„Die Reichsvertretung hat die Stellung eines offiziell anerkannten Verhandlungspartners der Regierung nie erlangt.“[[50]](#footnote-50)

Wenn Barkai als Entschuldigung für die illusionären Hoffnungen der Reichsvertretung auf das – aus seiner Sicht ebenso illusionäre – Verhalten der politischen Parteien bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes hinweist: „Alle Parteien, mit Ausnahme der SPD, stimmten am 23. März 1933 für das sogenannte ‚Ermächtigungsgesetz‘, das die nationalsozialistische Diktatur legalisierte“,[[51]](#footnote-51) lässt er einen entscheidenden Sachverhalt unberücksichtigt: Die Vorgänge bereits in den Anfangsmonaten der Diktatur hätten der jüdischen Vertretung vor Augen führen müssen, dass auf den Schutz von Rechtsstaatlichkeit nicht mehr zu zählen ist.

Bei der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund (12. November 1933)empfiehlt die Reichsvertretung die Zustimmung:

„Trotz allem was wir erfahren mußten: Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein.“[[52]](#footnote-52)

Verbunden ist die Empfehlung mit einer ausdrücklichen Aufforderung zur Teilnahme an der Wahl, weil ein Fernbleiben als „Opposition“ empfunden werden könnte.

Die weiteren politischen Aktivitäten der Reichsvertretung fasst Avraham Barkai mit wenigen Sätzen zusammen. Sie charakterisieren in deutlicher Form die Schwäche und die Fehleinschätzungen der Reichsvertretung:

„Nachdem die Leitung der Reichsvertretung hatte erkennen müssen, daß die Berufung auf das geltende Recht und die Appelle an die deutschen ‚Volksgenossen‘ kaum jemanden berührten, verfaßte sie nach 1933 nur noch in seltenen Fällen öffentliche Stellungnahmen.“

Eine öffentliche Erklärung der Reichsvertretung bedarf jedoch, wie Avraham Barkai sagt, noch der speziellen Erwähnung:

„Bemerkenswert ist die Kundgebung vom 22. September 1935, in der die Reichsvertretung unter detaillierter Aufzählung aller ihr angeschlossenen Landesverbände, Großgemeinden und Organisationen […] auf die Nürnberger Gesetze reagierte. Die ‚Juden in Deutschland‘ waren zwar nach dieser Erklärung durch diese Gesetze ‚aufs schwerste betroffen‘, doch bezog sich die Reichsvertretung offensichtlich auf die Rede Hitlers, der in Nürnberg das Gesetz ‚als Versuch einer gesetzlichen Regelung des Problems‘ bezeichnet hatte. Die Reichsvertretung verlangte: Diese Gesetze ‚… sollen aber eine Ebene schaffen, auf der ein erträgliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volke möglich ist … Voraussetzung für ein erträgliches Verhältnis ist die Hoffnung, daß den Juden und jüdischen Gemeinden in Deutschland durch Beendigung ihrer Diffamierung und Boykottierung die moralische und wirtschaftliche Existenzmöglichkeit gelassen wird.‘“[[53]](#footnote-53)

Avraham Barkai kommentiert diese Stellungnahme mit den Worten, sie enthalte „ein „gehöriges Maß politischer Kurzsichtigkeit“. Dem ist nichts hinzuzufügen.[[54]](#footnote-54)

**Der Abbruch der kommunikativ-kulturellen Interaktion**

Neben dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Druck wird die jüdische Bevölkerungsgruppe von zwei Entwicklungen getroffen, die eine tiefgreifende Krise auslösen: dem Verlust der kulturellen Identität und dem Abbruch der kulturell-kommunikativen Interaktion mit der Mehrheitsgesellschaft.

In der Weimarer Republik beruhte das Selbstwertgefühl der jüdischen Gruppe nicht allein auf der rechtlich erlangten Gleichstellung, sondern mehr noch auf dem wissenschaftlich-kulturellen Prestige führender Repräsentanten der Gemeinschaft: insbesondere auf zwei immer wieder als Identifikationsgestalten genannten Personen: Albert Einstein und Max Reinhardt. In gleicher Weise könnte man Hermann Cohen und Ernst Cassirer nennen, Max Liebermann und Oskar Kokoschka, Alexander Granach und Fritz Kortner, Otto Klemperer und Bruno Walter, Arnold Schönberg und Franz Schreker, Alfred Kerr und Kurt Tucholsky, Jakob Wassermann und Georg Hermann sowie eine Vielzahl weiterer Persönlichkeiten.[[55]](#footnote-55)

Die meisten Vertreter dieser Gruppe führender Repräsentanten des wissenschaftlich-kulturellen Lebens flohen bereits in der ersten Jahreshälfte 1933 ins Exil. Der Grund waren die Verfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang des Reichstagsbrandes, die Bücherverbrennungen vom Mai 1933, die Entlassungen im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ sowie die sonstigen Maßnahmen der nationalsozialistischen Literatur-, Kultur- und Wissenschaftspolitik.[[56]](#footnote-56) Die Literatur speziell der jüdischen Autoren wurde inkriminiert; jüdische Hochschullehrer wurden entlassen; moderne Musik und moderne bildende Kunst als „undeutsch“ diskriminiert.

Das Verschwinden bzw. die Diskriminierung dieses Personenkreises traf die jüdische Bevölkerungsgruppe in ihrem Kern. Es war die *Bildung* gewesen: Literatur, Theater, Musik, Wissenschaft, die zur Triebkraft des Akkulturationsprozesses geworden war.[[57]](#footnote-57) Sie war ein zentraler Teil des Selbstgefühls, der Identität. Mit dem Fortfall dieses integrativen Momentes entfiel die Basis der Akkulturation. Die Folge war Verunsicherung. Sie griff umso stärker um sich, als sich auch das Alltagsleben grundlegend verändert hatte. Für die Mehrheitsgesellschaft waren aus den früheren Nachbarn „Juden“ geworden.[[58]](#footnote-58)

Als Reaktion auf die Ereignisse des „Judenboykotttags“, des 1. April 1933, gab der Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau* Robert Weltsch die Parole aus „Trag ihn mit Stolz, den gelben Fleck“.[[59]](#footnote-59) Angesichts der Umstände wäre es jedoch ein Irrtum, die damit angesprochene „Rückbesinnung auf die jüdischen Wurzeln“ zum Orientierungspunkt zu nehmen.[[60]](#footnote-60)

Eine derartige Rückbesinnung fand statt. Um jedoch den Charakter dieses Vorgangs einzuschätzen, muss man im Auge behalten, dass sich die religiösen Bindungen während der Weimarer Republik gelockert hatten. Für einen wesentlichen Teil der jüdischen Bevölkerung war die Religion inzwischen nicht mehr der zentrale Orientierungspunkt. Unter diesen Umständen war eine Rückbesinnung nicht ohne weiteres möglich. Der unverhoffte Fortfall der sozialen, politischen und kulturellen, also säkularen Orientierungssysteme konnte durch den Rückgriff auf die Religion zwar für eine kurze Zeit aufgefangen bzw. kaschiert werden – insgesamt jedoch wurde die Erschütterung, die durch die Revokation des Integrationsversprechens ausgelöst worden war, damit nicht kompensiert. Im Gegenteil: Es handelte sich zunächst einmal um den Ersatz von Bekanntem durch etwas inzwischen weitgehend fremd Gewordenes. Die Religion: ihre traditionellen Rituale und ihr spirituelles Umfeld, waren ein nicht mehr ohne weiteres vertrautes Terrain geworden. Selbst wenn man sich bemühte, der Religion wieder Bedeutung zuzumessen, standen am Anfang dieses Bemühens Unsicherheit und Unkenntnis.

Der Bezugsrahmen, der durch thematische Anspielungen auf die jüdische Geschichte, Bezüge auf die jüdische Mystik und die Thora von nun an in der Literatur immer stärkere Bedeutung gewann, diente vor allem der gegenseitigen Verständigung über die gemeinsame Verfolgungssituation. Aus diesem Bereich stammen eine Vielzahl der Bilder, Gestalten und der Stillagen. Die Texte sind noch nicht – oder erst in geringem Maße – auf den europäischen literarischen Diskurs ausgerichtet. Selbst eine überragende Autorin wie Nelly Sachs gewinnt die für sie charakteristischen poetische Prägnanz erst in dem Augenblick, als sie Deutschland verlassen hat und damit gezwungen ist, die sie beherrschenden Themen einem fremden, durch die literarische Moderne geprägten Publikum zu vermitteln.

Die Unsicherheit resultierte zu einem wesentlichen Teil auch aus der Tatsache, dass die kommunikativ-kulturelle Interaktion zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft weitgehend unterbrochen war. Die Verbindungen zur deutschen literarischen Tradition bestanden zwar fort, aber sie waren zur Belastung geworden. Die Anknüpfung an die speziellen „jüdischen“, vor allem ostjüdischen Erzähltraditionen gestaltete sich problematisch. Sie waren ein neues, „fremdes“ Terrain, das zuerst angeeignet werden musste.

Hinzu kam die kulturelle Isolierung. Die jüdische Bevölkerungsgruppe lebte inzwischen zumindest teilweise „in einer eigenen Welt“, von der aus es zwar noch Verbindungen zur Welt der Mehrheitsgesellschaft gab,[[61]](#footnote-61) aber es war eine Frage des Stolzes, ob man – als „Paria“ – die entsprechenden Möglichkeiten auch tatsächlich wahrnahm. Der Grund für diese Zurückhaltung war die gezielte Separierung des jüdischen Kulturlebens: das System der „geschlossenen Gesellschaft“. Der Besuch von Veranstaltungen z.B. des Jüdischen Kulturbundes war seitens der NS-Behörden *nur „Juden“* gestattet; Nicht-Juden war der Zutritt untersagt. Die in jüdischem Besitz befindlichen Buchverlage verwandelten sich zwischen 1933 und 1936 in einem kontinuierlichen Prozess zu „jüdischen Verlagen“, die aufgrund entsprechender Anweisungen der Reichskultur- bzw. der Reichsschrifttumskammer[[62]](#footnote-62) ausschließlich „jüdische“ Texte verlegen durften, die wiederum ab 1937 nur noch *„an Juden“* verkauft werden durften.[[63]](#footnote-63) Zwar stand das Hinweisschild „Juden unerwünscht“ anfänglich zwar noch nicht überden Theatern, Konzertsälen, Buchhandlungen und Bibliotheken der Mehrheitsgesellschaft, aber die Tatsache, dass Juden „unerwünscht“ waren, war jedermann bewusst.[[64]](#footnote-64) Die tatsächlichen Verbote folgten zeitlich erst später.

Üblicherweise findet zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft Interaktion statt. Speziell im literarischen Leben ist die Interaktion: der Austausch von Wissen, Wahrnehmungen, Urteilen, Erfahrungen, literarischen Themen und Formen – eine Triebfeder des künstlerischen Prozesses. Von den Folgen des Abbruchs der kommunikativen Interaktion waren vor allem die jüdischen Schriftstellerinnen und Schriftsteller betroffen. Durch das Diktat von Kontrolle, Aufsicht und Zensur wurden sie auf sich selber zurückgewiesen. Es entstanden „jüdische kulturelle Aktivitäten“ „ohne ‚jüdische‘ Kultur“, wie Herbert Freeden den Sachverhalt aus der Rückschau charakterisiert hat.[[65]](#footnote-65) Dieses Paradox war den Beteiligten durchaus bewusst. Auch innerhalb der zeitgenössischen Literaturkritik war das entsprechende Problembewusstsein existent. Julius Bab sprach den Sachverhalt an, indem er darauf hinwies, dass *bislang* die kulturellen Interessen der jüdischen Bevölkerung „im wesentlichen auf ihrer Verbundenheit mit der deutschen Kultur“ beruht hätten. Durch die „aufgezwungene Form“ des jüdischen Kulturlebens aber entstünde nunmehr das Problem, „welcher Inhalt dieser Form zu geben sei“.[[66]](#footnote-66) An Antworten auf dieses Problem fehlte es nicht. Aber durch entsprechende Vorschläge allein wurde das Grundproblem eines intellektuell-kulturellen „Neuanfangs“ noch nicht gelöst.

Die Folgen sind klar zu erkennen. Jüdische Autoren und jüdische Verlage hatten in der Weimarer Republik einen ganz entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der deutschsprachigen Literatur geleistet. Dieses System kollabierte innerhalb von weniger als zwei Jahren. Der Grund lag nicht allein in der Tatsache, dass die meisten anerkannten jüdischen Autoren inzwischen ins Exil geflüchtet waren – entscheidend war vielmehr, dass in Deutschland verbliebenen jüdischen Autorinnen und Autoren zutiefst verunsichert waren.

Die Zahl der aus heutiger Sicht künstlerisch relevanten Texte dieser Periode ist gering. Selbst die Texte von Gertrud Kolmar, der vermutlich bedeutendsten Autorin dieser Periode, sind nicht ohne weiteres vergleichbar mit den lyrischen Texten der prägenden jüdischen Autorinnen der Weimarer Republik. Sie sind – als Form einer durch Kunst vermittelten Binnenkommunikation – auf die spezifische aktuelle Erfahrungssituation bezogen: auf Isolation, Bedrohung, Stigmatisierung. Es ist eine „kleine schon todgeweihte Schar“, die hier zusammengekommen ist.[[67]](#footnote-67) Nelly Sachs hat von Schweden aus und nach Ende des Dritten Reiches die Situation zutreffend auf diese Weise beschrieben.

Die Glanzpunkte des jüdischen Kulturlebens sind die Theateraufführungen und Konzerte des Jüdischen Kulturbundes: Schauspiele, Opern, sinfonische Konzerte, Choraufführungen, Kammermusik und Kabarett. Speziell das Kulturbund-Theater ist das Auffangbecken für nahezu 2.000 arbeitslos gewordene jüdische Künstler und ihre technischen Hilfskräfte.[[68]](#footnote-68) Es hat 70 000 Abonnenten. – Herbert Freeden kommentiert die Leistungen des Kulturbundtheaters und die Einschränkungen, denen es unterlag:

„Juden durften nur für Juden spielen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, bewacht, beschnüffelt, kontrolliert und zensuriert. Eintritt lediglich gegen Ausweis, um sicherzustellen, daß die Besucher Juden waren – und Juden waren sie alle, vom Vorhangzieher bis zum Intendanten, von der Kostümschneiderin bis zur Diva.“[[69]](#footnote-69)

Freeden lehnt es ab, von einem „Ghettotheater“ zu sprechen. Er erwähnt zwar die Omnipräsenz der Überwachungsorgane und der Zensur, beruft sich aber auf die Organisationsfreiheit der Institution und ihrer Angehörigen:

„Was eigentlich war der Jüdische Kulturbund? Ein Ghettotheater? Kaum, denn es war eine aus freien Stücken geschaffene Organisation, und jeder Künstler, Angestellte, Handwerker konnte seinen Vertrag kündigen und auswandern – wenn er ein Land finden konnte, das bereit war, ihn aufzunehmen – oder seinen Beruf wechseln, auf Landwirtschaft umschulen oder Kunstfotografie lernen.“[[70]](#footnote-70)

Das Urteil bezieht sich auch auf den Spielplan:

„Auch der Spielplan war nicht ghettoisiert. ‚Man kann uns aus dem aktiven bürgerlichen Leben Deutschlands verbannen, aber nicht aus dem geistigen Leben der Welt, in der wir nun seit mehr als fünf Generationen wurzeln und wachsen‘“ – so Julius Bab (*Der Morgen*, August 1933).“[[71]](#footnote-71)

Man spielte Shakespeare, Molière, Calderon und andere Autoren der europäischen Klassik. In der jüdischen Presse wurden darüber hinaus spezielle „jüdische Themen“ gefordert, doch als ein Schauspiel aus dem Repertoire der ostjüdischen Tradition aufgeführt wird, reagiert das Publikum ablehnend. Die *Jüdische Rundschau* (5. November 1937) nennt offen den Grund:

„Die Welt des *Golem* von Leivik ist dem westlichen Juden fremd. […] Die abstrakte Sprache bleibt unverständlich für ein nicht durch eine jüdische Erziehung gegangenes Publikum.“[[72]](#footnote-72)

Das Dilemma des Kulturbundtheaters resultiert für Freeden aus der Tatsache, dass hier die normale Beziehung zwischen Theater und Publikum unter den Bedingungen, denen das Kulturbundtheater wie auch sein Publikum unterworfen waren, auf den Kopf gestellt war:

„Es trat der merkwürdige Fall ein, daß von vornherein ein Publikum sichtbar war und nicht wie bei sonstigen Theaterunternehmen ein Programm vorgestellt wurde, aber nach einem Publikum gesucht werden mußte.“[[73]](#footnote-73)

Herbert Freeden spricht damit den Sachverhalt an, der das Kulturleben der jüdischen Bevölkerungsgruppe in entscheidendem Maße bestimmte: Beim Publikum war die Bereitschaft zur Rezeption von Kunst und künstlerischer Aktivität vorhanden; ebenso waren bei den ausübenden Künstlern waren alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kunstausübung gegeben. Aber innerhalb der NS-Diktatur waren Kunst und Kunstausübung nicht frei. Dieser Sachverhalt begrenzte die Realisierungsmöglichkeiten und er wirkte sich auch auf den Charakter des künstlerischen Resultats aus.

1. *Deutsch-jüdische Gesichte in der Neuzeit.* Bd. IV: *Aufbruch und Zerstörung 1918 – 1945.* München 1997. – Ich beziehe mich im Folgenden auf die beiden Autoren dieses Bandes Paul Mendes-Flohr und Avraham Barkai. [↑](#footnote-ref-1)
2. Paul Mendes-Flohr: Im Schatten des Weltkrieges, a.a.O.*,*S. 15 - 36. [↑](#footnote-ref-2)
3. Mendes-Flohr zitiert in diesem Zusammenhang auch den Brief von Martin Buber an Hans Kohn vom 30. September 1914. Hier spricht auch Buber davon, dass durch die Bereitschaft, sich freiwillig zum Krieg zu melden, der Begriff des „Volkes“ „Realität“ geworden sei. Buber berichtet, dass sich Wolfskehl und Gundolf freiwillig gemeldet hätten. Er bedauert, dass er selber jedoch „keine Aussicht [habe] verwendet zu werden“, aber versuchen werde, „auf meine Weise mitzutun“. – A.a.O., S. 17. [↑](#footnote-ref-3)
4. S. 16. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-4)
5. Ebd. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-5)
6. S. 17. [↑](#footnote-ref-6)
7. Ebd. [↑](#footnote-ref-7)
8. S. 19. [↑](#footnote-ref-8)
9. „Darüber hinaus wurde in dem Maße, wie der Krieg andauerte, verstärkt die Tendenz erkennbar, diese Symbole und Mythen in einen aggressiven Chauvinismus zu verweben, der die liberalen Empfindlichkeiten der übergroßen Mehrheit der deutschen Juden beleidigte.“Mendes-Flohr, S. 20. [↑](#footnote-ref-9)
10. S. 20. Mendes-Flohr bezieht sich hier auf Kriegstagebücher jüdischer Frontsoldaten. [↑](#footnote-ref-10)
11. Ebd. [↑](#footnote-ref-11)
12. Ebd. – Auch in Willy Cohns Autobiografie werden diese Erfahrungen klar und unmissverständlich referiert. [↑](#footnote-ref-12)
13. S. 21. [↑](#footnote-ref-13)
14. S. 53. [↑](#footnote-ref-14)
15. S. 167. Vgl. dazu auch Peter Gay: *Die Republik der Außenseiter.* Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918 – 1933. Frankfurt a.M. 1987. Der Titel der Originalausgabe von 1968 lautet *Weimar Culture: The Outsider als Insider.* [↑](#footnote-ref-15)
16. S. 39. – Es wäre jedoch zu fragen, ob diese Aussage sachlich richtig ist. An den Universitäten sind die Berufungen jüdischer Wissenschaftler auf die Ordinariate noch immer selten. [↑](#footnote-ref-16)
17. Ebd. [↑](#footnote-ref-17)
18. S. 41 – hier auch die entsprechenden statistischen Zahlen. [↑](#footnote-ref-18)
19. S. 74. [↑](#footnote-ref-19)
20. S. 82. [↑](#footnote-ref-20)
21. Ebd. [↑](#footnote-ref-21)
22. S. 87. [↑](#footnote-ref-22)
23. Ebd. [↑](#footnote-ref-23)
24. S. 99. [↑](#footnote-ref-24)
25. Ebd. [↑](#footnote-ref-25)
26. S. 100. [↑](#footnote-ref-26)
27. Ebd. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-27)
28. Vgl. die Resolution des 12. Delegiertentags der Zionistischen Vereinigung im Mai 1928, zitiert bei Barkai, S. 100. [↑](#footnote-ref-28)
29. Wolf Gruner: Einleitung. In: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945.* Bd. 1: *Deutsches Reich 1933 – 1937.* Bearbeitet von Wolf Gruner. München 2008, S. 13 – 64, hier S. 41. [↑](#footnote-ref-29)
30. Ebd. [↑](#footnote-ref-30)
31. S. 42. [↑](#footnote-ref-31)
32. Ebd. [↑](#footnote-ref-32)
33. Angaben bei Gruner, a.a.O., S. 43. [↑](#footnote-ref-33)
34. S. *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden,* Bd. 1, Dok. 146, a.a.O., S. 391 f., Zitat S. 391. [↑](#footnote-ref-34)
35. Ebd., S. 391. [↑](#footnote-ref-35)
36. S. 391 f. [↑](#footnote-ref-36)
37. Gruner: Einleitung, a.a.O., S. 44. [↑](#footnote-ref-37)
38. S. 46. [↑](#footnote-ref-38)
39. Ebd. [↑](#footnote-ref-39)
40. S. 50. [↑](#footnote-ref-40)
41. S. 49. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-41)
42. *Deutsch-jüdische Gesichte in der Neuzeit*, B. IV, S. 249. [↑](#footnote-ref-42)
43. Ebd. [↑](#footnote-ref-43)
44. Ebd. [↑](#footnote-ref-44)
45. Avraham Barkai: „*Wehr Dich!“.* Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893 – 1938. München 2002, S. 80. – Vgl. auch die Dokumente 39 u. 40 im Katalog zur Ausstellung der Deutschen Bibliothek Frankfurt a.M. *Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933 – 1941.* Die Geschichte einer Austreibung. Frankfurt 1985, S. 24 f. [↑](#footnote-ref-45)
46. Barkai: *„Wehr Dich!“*, a.a.O., S. 279. [↑](#footnote-ref-46)
47. Zu den Gegenmaßnahmen gegen die sog. „Hetz- und Greuelpropaganda“ und den Wirtschaftsboykott vgl. auch Carsten Teichert: *Chasak!* Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland. 1933 – 1938. Köln 2000, S. 167 ff. u. 306 ff. [↑](#footnote-ref-47)
48. Zum Haavarah-Ab kommen siehe auch Teichert: *Chasak!*, S. 222 -232, 312 – 329. [↑](#footnote-ref-48)
49. *Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit*, Bd. IV, S. 255. [↑](#footnote-ref-49)
50. Ebd., S. 256. [↑](#footnote-ref-50)
51. S. 257. [↑](#footnote-ref-51)
52. Barkai: *„Wehr Dich!“,* S. 292. [↑](#footnote-ref-52)
53. *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. IV, S. 257. [↑](#footnote-ref-53)
54. Barkai: *„Wehr Dich!“,* S. 284. [↑](#footnote-ref-54)
55. Vgl. den Überblick in Kap. VIII in Bd. IV der *Deutsch-jüdischen Gesichte in der Neuzeit.* [↑](#footnote-ref-55)
56. Vgl. hierzu neben anderen Jan-Pieter Barbian: *Literaturpolitik im „Dritten Reich“.* Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder. München 1995; Joseph Wulf: *Literatur u. Dichtung im Dritten Reich*. Eine Dokumentation. Reinbek 1966 (= rororo. Bd. 809-811); Joseph Wulf: *Theater und Film im Dritten Reich.* Eine Dokumentation. Frankfurt [u.a.] 1983; Fred K. Prieberg: *Musik im NS-Staat*. Frankfurt 1982. [↑](#footnote-ref-56)
57. Vgl. George L. Mosse: *Jüdische Intellektuelle in Deutschland.* Zwischen Religion und Nationalismus. Frankfurt/New York 1992. [↑](#footnote-ref-57)
58. Vgl. *Aus Nachbarn wurden Juden.* Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933 – 1942. Hrsg. von Hazel Rosenstrauch. Berlin 1988. [↑](#footnote-ref-58)
59. Vgl. den Leitartikel der *Jüdischen Rundschau* vom 3. April 1933. [↑](#footnote-ref-59)
60. Robert Weltsch selber hat sich später von diesem Satz distanziert und von einem „Trotz-Nationalismus“ von „Trotz-Religiosität“ gesprochen: „Wir haben Bibelsprüche und Worte der Propheten zu journalistischen Zwecken mißbraucht.“ Vgl. Robert Weltsch: *Das tragische Jahr. Erinnerungen an 1938.* – Zitiert bei Carsten Teichert: *Chasak!*, a.a.O., S. 400 f., Anm. 47. [↑](#footnote-ref-60)
61. Selbstverständlich blieb das jüdische Publikum einem Autor wie z.B. Thomas Mann verbunden, dessen Josefsroman zunächst einmal weiter im S. Fischer Verlag erschien. Die aktuelle deutschsprachige Literatur aber wurde weitgehend durch nationalsozialistische bzw. nationalkonservative Autoren repräsentiert, und dass diese Autoren vom jüdischen Publikum rezipiert wurden, ist sehr zu bezweifeln. [↑](#footnote-ref-61)
62. Volker Dahm: *Das jüdische Buch*, S. 82 ff. [↑](#footnote-ref-62)
63. Volker Dahm: *Das jüdische Buch*, S. 107 – 112. [↑](#footnote-ref-63)
64. Herbert Freeden, 1933 Leiter der Kulturabteilung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und Dramaturg beim Jüdischen Kulturbund Berlin, formuliert den Sachverhalt in folgender Weise: „Das jüdische Publikum durfte bis November 1938 noch alle öffentlichen Veranstaltungen besuchen; manche zogen Furtwängler oder Gründgens den Darbietungen des Kulturbundes vor, *wenn auch viele zu stolz waren, ein Theater durch das Hauptportal zu betreten, aus dem die jüdischen Künstler durch die Hintertür auf die Straße geworfen waren*.“ Vgl. Herbert Freeden: Drinnen im Exil. Das Theater des Jüdischen Kulturbundes 1933 - 1941– In: *Exil* 13 (1993), H. 2, S. 46 – 51, hier S. 49. Hervorhebung F.T. [↑](#footnote-ref-64)
65. Herbert Freeden: Jüdischer Kulturbund ohne ‚jüdische‘ Kultur. – In: *Geschlossene Vorstellung.* Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933 – 1941. Hrsg. von der Akademie der Künste. [Berlin 1992], S. 55 – 66. [↑](#footnote-ref-65)
66. *Der Morgen,* August 1933, zitiert bei Freeden, a.a.O., S. 55. [↑](#footnote-ref-66)
67. Brief von Nelly Sachs an Kurt Pinthus vom 12. November 1946. – In: *Briefe der Nelly Sachs.* Hrsg. von Ruth Dinesen u. Helmut Müssener. Frankfurt 1984, S. 71. – Nelly Sachs macht Pinthus in diesem Brief darauf aufmerksam, dass er selber die Gefahr gekannt hatte, in der sich alle befanden. Er habe bei dem letzten Treffen „der kleinen schon todgeweihten Schar“ gesagt: „ich darf nicht mehr sprechen [also öffentlich auftreten], das ist ein Zeichen, daß ich schon fort [also Deutschland verlassen] muß“. [↑](#footnote-ref-67)
68. Zur Geschichte des Kulturbund-Theaters vgl. Herbert Freeden: *Jüdisches Theater in Nazi-Deutschland.* Frankfurt [u.a.] 1985, ebenso Herbert Freeden: „Auf Abruf“ – Das Theater des Jüdischen Kulturbundes im „Dritten Reich“ 1933 – 1941 im *Handbuch des deutschsprachigen Exiltheaters,* Bd. 1, S. 81 – 95 (weitere Literaturangaben hier auf S. 95). [↑](#footnote-ref-68)
69. Herbert Freeden: Drinnen im Exil, a.a.O., S. 46. [↑](#footnote-ref-69)
70. Ebd. [↑](#footnote-ref-70)
71. Ebd. [↑](#footnote-ref-71)
72. Zitiert bei Freeden, a.a.O., S. 49. [↑](#footnote-ref-72)
73. Ebd., S. 51. [↑](#footnote-ref-73)